

Siedlung als Waffe

Der Nahost-Konflikt stellt noch immer die soziale Frage

Von Michael Lüders

Folgt man dem Tenor der Medienberichterstattung, so ist die Verantwortung für den israelischen Feldzug gegen die Palästinenser schnell ausgemacht. Jassir Arafat ist der falsche Mann am falschen Ort. Den Wandel zum Präsidenten eines demokratischen Gemeinwesens, so die Stoßrichtung, habe er nie angestrebt. Die Korruption, der Despotismus und das politische Unvermögen seiner Autonomiebehörde sind Legende. Es passt ins Bild: Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten, umgeben von arabischen Diktaturen, die nur darauf warten, die Juden ins Meer zu treiben. Die Verehrung, die den Selbstmordattentätern in der arabischen Öffentlichkeit zuteil wird, scheint zu beweisen, was diese Leute wirklich denken. Israel sucht den Frieden, die Palästinenser setzen auf Gewalt.

Es ist hier zu Lande schwer vorstellbar, dass der schlichte wie richtige Satz des französischen Außenministers Hubert Védrine, die israelische Militäraktion in den besetzten Gebieten löse die Palästina-Frage nicht, von seinem deutschen Amtskollegen hätte ausgesprochen werden können. Deutsche Politiker stehen bei jeder Äußerung vor der heiklen Situation, sich zu ihrer besonderen historischen Verantwortung verhalten zu müssen. Die Denkverbote reichen weit, und so werden nahe liegende Fragen selten gestellt. Welches Ziel verfolgt die israelische Siedlungspolitik? Warum herrscht solche Schweigsamkeit gegenüber Ariel Scharon, dessen militärische Biografie, vor allem seine Verantwortung für die Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila 1982 in Beirut, ein Verfahren vor einem internationalen Gerichtshof rechtfertigen würde?

Kein politisches Projekt

Der israelische Historiker Tom Segev erklärte kürzlich in *Le Monde* auf die Frage, ob Scharon die Palästinenser in die Kapitulation treiben wolle, dieser verfüge über kein politisches Projekt. Sein Programm bestehe darin, repressiven Impulsen freien Lauf zu lassen. Die Terroristen, so Segev, werden Israel niemals besiegen, aber umgekehrt werde Israel niemals die palästinensische Nationalbewegung besiegen, ihren Kampf um einen eigenen Staat. "Die Besatzung ruft den Terror hervor, auf den mit Unterdrückung reagiert wird, die ihrerseits noch mehr Kandidaten für Selbstmordattentate schafft."

Der Terror ist längst dezentralisiert und politisch nicht mehr zu kontrollieren. Das stetige Mantra der israelischen Regierung, Arafat sei dessen alleiniger Urheber und Drahtzieher, meint allein seine Person. Aller politischen Unfähigkeit zum Trotz ist Arafat die Symbolfigur des palästinensischen Nationalismus. Seine Dämonisierung verfolgt das Ziel, diesen Nationalismus zu diskreditieren. Wer Palästina sagt, so die Devise, meint die Zerstörung Israels. Vor diesem Hintergrund versteht sich, warum die israelische Armee bei ihrer Offensive in der Westbank nicht in erster Linie Aktivisten von Hamas und Dschihad jagt, sondern die Zerstörung der politischen und sozialen Infrastruktur betreibt und damit alles, was einen werdenden Staat auszeichnet: die Regierungsgebäude der Autonomiebehörde, Radio und Fernsehen, Schulen und Einrichtungen des Gesundheitswesens. Ganz zu schweigen von Brutalität der Soldaten gegenüber den Palästinensern.

Darauf zu verweisen heißt nicht, den Terror der palästinensischen Seite zu rechtfertigen. Über das Leidensmonopol verfügt keine Seite. Was sie unterscheidet, ist die Ausübung von Macht. Im Verlauf des 1993 in Oslo eingeleiteten Friedensprozesses sind sich Israelis und Palästinenser nie als gleichberechtigte Partner begegnet. Ihr Verhältnis war immer geprägt von der militärischen und politischen Macht Israels. Arafat hatte nie eine andere Wahl als zu akzeptieren, was die Israelis ihm zu geben bereit waren.

Dieses Ungleichgewicht erklärt, warum der Friedensprozess im Sand verlief. Denn Oslo und die Folgeabkommen orientierten sich überwiegend an den Vorstellungen Israels. Deswegen wurden Grundsatzfragen - die Zukunft Ost-Jerusalems, die Frage der Grenzen sowie der jüdischen Siedlungen oder die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge - immer wieder verschoben, bis zu den "Endstatus-Verhandlungen". Diese sind im Juli 2000 in Camp David gescheitert, weil Israel in den sieben Jahren der Interimslösungen seit Oslo gezeigt hat, dass es zwar wortreich den Frieden beschwört, gleichzeitig aber die

Kontrolle über alle Lebensbereiche der Palästinenser beibehalten hat. So hat Israel allein in den zwei Jahren vor Camp David mehr palästinensisches Land in der Westbank für Siedlungszwecke enteignet als vertragsgemäß durch Truppenabzug geräumt.

Gerade die jüdische Besiedlung der Westbank und des Gaza-Streifens aber schafft Fakten, die durch keinen Friedensvertrag mehr aufzuheben sind. Wo soll eigentlich noch ein palästinensischer Staat entstehen? Nach Maßgabe des Völkerrechts hat Israel keinerlei Anspruch auf die 1967 besetzten Gebiete, auch nicht auf Ost-Jerusalem. Doch das Völkerrecht hat bislang noch keine israelische Regierung daran gehindert, den Siedlungsbau voranzutreiben. Ein Drittel der heutigen Siedler ist erst nach 1993 in die besetzten Gebiete gezogen, gefördert durch staatliche Prämien und Steuerbegünstigungen. Die rund 300 000 Siedler in der Westbank stellen nur 17 Prozent der dortigen Bevölkerung, im Gaza-Streifen sind es vier Prozent (5000 Siedler). Dennoch kontrollieren sie 60 Prozent des in der Regel entschädigungslos enteigneten Landes in der Westbank; im Gaza-Streifen sind es knapp 40 Prozent. Gleichzeitig verbrauchen die Siedlungen 80 bis 95 Prozent der verfügbaren Wasserreserven. Die palästinensischen Tagelöhner, die in israelischen Siedlungen die Häuser bauen, sind häufig ehemalige Bauern, die wegen Wassermangels ihre Betriebe aufgeben mussten oder durch Enteignungen ihre Ländereien verloren.

Die Siedlungspolitik verfolgt einzig das Ziel, den israelischen Anspruch auf die besetzten Gebiete durch eine eigene Infrastruktur unwiderruflich zu festigen. Gebaut wurden daher nicht nur Siedlungen (etwa 250), es entstanden auch Industriegebiete und militärische Einrichtungen. Sie sind durch ein engmaschiges, eigens geschaffenes Straßennetz verbunden, das die palästinensischen Gebiete in Enklaven unterteilt. Orte wie Bethlehem oder Ramallah können kaum expandieren oder Stadtplanung betreiben, weil sie von Siedlungen und Siedlerstraßen umgeben sind. Gleichzeitig wurde die Bewegungsfreiheit der Palästinenser eingeschränkt. Nach Ost-Jerusalem, das wirtschaftliche, politische und kulturelle Zentrum der Westbank, dürfen sie nur mit einer Sondergenehmigung einreisen. Dagegen ist es für jüdische Siedler kein Problem, dort zu leben. Rund 150 000 leben in Ost-Jerusalem oder an dessen östlichem Stadtrand. Palästinenser aus den besetzten Gebieten erhalten keine Zuzugsgenehmigung, Palästinenser aus Ost-Jerusalem keine Baugenehmigungen. Das erklärte Ziel Israels ist es, den Anteil der jüdischen Bevölkerung kontinuierlich zu erhöhen. Mit Erfolg, denn die Palästinenser in Ost-Jerusalem sind seit 1993 in ihrer eigenen Stadt die Minderheit.

Da der Friedensprozess nur in eine Richtung verlief, war es eine Frage der Zeit, bis sich die Frustration der Palästinenser nach dem Scheitern von Camp David in neuer Gewalt entladen würde. Die Entrechtung und Enteignung der Palästinenser wird begleitet von Perspektivlosigkeit, Armut und der tagtäglichen Demütigung durch israelische Soldaten. Auslöser der gegenwärtigen Intifada war bekanntlich der Besuch Scharons auf dem Tempelberg in Jerusalem. Damit nahm der Konflikt kriegsähnliche Dimensionen an. Während die israelische Armee zunächst mit Panzern, Kampfhubschraubern und Raketen vorging und palästinensische Städte belagerte, setzten die Palästinenser auf gezielte Kampfhandlungen und Selbstmordattentate.

Auf diesen Zusammenhang hinzuweisen heißt nicht, den palästinensischen Terror zu billigen oder zu rechtfertigen. Dieser Terror ist nicht nur menschenverachtend, er ist auch politisch ein Desaster, weil er die israelische Friedensbewegung in die Bedeutungslosigkeit treibt. Doch für jeden, der gewillt ist zu sehen, gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen Okkupation und Terror. Siedlungspolitik und Frieden mit den Palästinensern schließen einander aus. Solange die israelische Gesellschaft die besetzten Gebiete mehrheitlich als biblisch verheißenes Land betrachtet, solange bleibt der Friedensprozess ein bloßes Manöver, um Zeit zu gewinnen und weitere Fakten zu schaffen.

Sprengsatz Siedlungspolitik

Hat aber nicht der damalige Premier Ehud Barak in Camp David den Palästinensern 96 Prozent der besetzten Gebiete angeboten? Die amerikanischen Vermittler sahen in Arafats Weigerung, diesem historischen Kompromiss zuzustimmen, den Hauptgrund für das Scheitern von Camp David. Doch auch zu Baraks Regierungszeit ist die Siedlungspolitik nicht eingeschränkt worden. Überdies war der Siedlungsring um Ost-Jerusalem in jenen 96 Prozent - nach anderen Angaben 97 Prozent - nicht enthalten, was die Frage aufwirft, wer hier wie gerechnet hat. Zu überprüfen sind die Zahlenangaben ohnehin nicht, weil Baraks Angebot nie schriftlich festgehalten wurde. Beiden Seiten sind in Camp David Verhandlungsfehler vorzuwerfen, doch der Sprengsatz, an dem der Friedensprozess von Oslo scheitern musste, war die Siedlungspolitik. Selbst wenn die palästinensische Führung nicht durch Vetternwirtschaft, fehlende Visionen und schieres Unvermögen gelähmt wäre, bliebe dieser Bodensatz bestehen.

Israel sucht den Frieden, die Palästinenser antworten mit Terror - diese

Glaubensgewissheit deutscher Politiker greift zu kurz. Die aus Auschwitz geborene Solidarität mit Israel, die nicht allein ein moralisches Gebot, sondern eine historische Notwendigkeit ist und bleiben wird, rechtfertigt nicht die deutsche Kritiklosigkeit gegenüber einer Regierung, deren Politik langfristig die Existenz Israels gefährdet. Jossi Beilin, einer der israelischen Verhandlungsführer in Oslo, hat einmal erklärt, Israel werde entweder Teil einer Friedenslösung im Nahen Osten sein oder werde auf Dauer nicht bestehen.

Israel ist dabei, seine Glaubwürdigkeit zu verlieren. Die emotionale Empörung über das israelische Vorgehen in den besetzten Gebieten und die Tatenlosigkeit westlicher Regierungen hat beängstigende Ausmaße erreicht, von Marokko bis Indonesien. Man mag zu dieser Empörung stehen, wie man will, aber sie ist Realität. Und sie wird sich eines Tages Bahn brechen. Vermutlich mit noch mehr Gewalt. Es gibt keine Alternative zu einem vollständigen Rückzug Israels aus den 1967 eroberten arabischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalems. Dieses Ziel gilt es zu erreichen, auch mit Hilfe einer aktiven europäischen Nahostpolitik.

[document info]

Copyright © Frankfurter Rundschau 2002
Dokument erstellt am 15.04.2002 um 21:06:56 Uhr
Erscheinungsdatum 16.04.2002

[zurück](#)

RundSchau

Zur Sache

Israels Armee

Die israelischen Streitkräfte gelten als eine der professionellsten und stärksten Armeen der Welt. Finanziert mit US-Militärhilfe von knapp zwei Milliarden Dollar im Jahr, verfügt "Zahal" (Verteidigungsarmee Israels) über mehr als 630 000 einsatzfähige Soldaten, davon ein stehendes Heer von etwa 186 500, die übrigen sind Reservisten. Die aus 16 Divisionen bestehenden Bodentruppen verfügen über knapp 4000 Panzer und etwa die doppelte Anzahl gepanzerter Fahrzeuge. Israels Luftwaffe verfügt über mehr als 600 einsatzfähige, hochmoderne Kampffjets, etwa 80 Transportflugzeuge und etwa 290 Hubschrauber. Die Kriegsmarine besteht aus sechs U-Booten, 20 Kampfschiffen und mehr als 30 Patrouillenbooten. Nach von Israel nie offiziell bestätigten ausländischen Publikationen verfügt die Armee über ein größeres Arsenal nuklearer Waffen, darunter mehrere Langstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen.

Die Armee entstand 1948 mit der Staatsgründung aus verschiedenen jüdischen Untergrund-Einheiten. Bis heute ist die Armee eng mit der zivilen Gesellschaft verflochten. Auch für Frauen gilt der Militärdienst. Eine Verweigerung der Wehrpflicht ist nicht möglich, nur streng religiöse Juden sind davon ausgenommen. (dpa)

[zurück](#) **RundSchau**

USA

Senator kritisiert Bushs Nahost-Politik

WASHINGTON, 1. April (afp). Der einflussreiche demokratische US-Senator Joseph Lieberman hat die Nahost-Politik von US-Präsident George W. Bush als "inkohärent" kritisiert. Die US-Regierung könne nicht einerseits eine UN-Resolution unterstützen, nach der Israel seine Truppen aus Ramallah im Westjordanland abziehen soll und andererseits die Palästinenser für die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten verantwortlich machen, sagte Lieberman dem US-Sender Fox. Israel handle bei seinem Vorgehen "genauso wie wir nach dem 11. September".

[zurück](#) **RundSchau**

IM WORTLAUT

"Arafat ist unser Feind"

Erklärungen zu Nahost-Krise

Israels Kabinett hat Palästinenserpräsidenten Yassir Arafat zum "Feind" erklärt und einen "weitreichenden Aktionsplan gegen Terrorismus" angekündigt. Damit zeichnete sich eine weitere Verschärfung der Lage ab. Zuvor hatte die Arabische Liga eine "Erklärung von Beirut" veröffentlicht, die einen Weg aus der Krise in Nahost weisen soll. Die FR dokumentiert die Erklärungen in am Freitag übermittelten Wortlauten:

"Das (israelische) Kabinett (. . .) hat die Grundsätze eines weit reichenden Aktionsplans gegen palästinensischen Terrorismus gebilligt. Israel wird darauf hinarbeiten, die palästinensische Terror-Infrastruktur in all ihren Teilen und Bestandteilen zu besiegen, und deswegen wird es eine weit reichende Operation durchführen, um dieses Ziel zu erreichen. Arafat, der eine Koalition des Terrors gegen Israel aufgebaut hat, ist ein Feind und wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt isoliert. Das Kabinett hat die Mobilisierung von Armeeere-serven auf Grund der operationellen Erfordernisse gebilligt."

"Israel muss den Krieg beenden"

"Wir, die Könige, Präsidenten und Prinzen der Arabischen Staaten (...) haben die jüngsten gefährlichen regionalen und internationalen Veränderungen studiert und die Herausforderungen, denen sich die arabische Nation stellen muss (...), darunter den totalen, zerstörerischen Krieg, den Israel unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung in den besetzten palästinensischen Gebieten unter Ausnutzung der katastrophalen Ereignisse vom September und der internationalen Verurteilung dieser Ereignisse begonnen hat. (. . .) Wir bekräftigen, dass der Frieden im Nahen Osten keinen Erfolg haben kann, wenn er nicht gerecht und umfassend ist und die Beschlüsse 242, 338 und 425 des Sicherheitsrats (der Vereinten Nationen) und das Prinzip Land gegen Frieden umsetzt. (. . .) Außerdem fordern wir (von Israel):

- a) den vollständigen Rückzug aus den arabischen Gebieten, auch vom syrischen Golan, auf die Linie vom 4. Juni 1967 und aus den immer noch besetzten Gebieten in Südlibanon.
- b) das Erreichen einer gerechten Lösung für das Problem der palästinensischen Flüchtlinge (...).
- c) die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den seit dem 4. Juni 1967 besetzten palästinensischen Gebieten - im Westjordanland und im Gazastreifen - zu akzeptieren, dessen Hauptstadt Ost-Jerusalem ist. (. . .)

Dann werden die arabischen Staaten

- a) den arabisch-israelischen Konflikt für beendet erklären und eine Friedensvereinbarung mit Israel schließen, verbunden mit der Verwirklichung von Sicherheit für die gesamte Region und
- b) im Rahmen dieses Friedens normale Beziehungen zu Israel aufbauen. (. . .) Die Sitzung der Arabischen Liga ruft alle Staaten und die (Nahost-)Region auf, diesen Vorschlag zu unterstützen." (ap/dpa)

"Aufklärung ist im Sinne Israels"

Fischer fordert Untersuchung der Vorfälle im Lager Dschenin

Von *Richard Meng*

Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat eine unabhängige Aufklärung der Ereignisse im palästinensischen Flüchtlingslager Dschenin verlangt. "Es liegt im israelischen Interesse, die Voraussetzung für eine unabhängige Aufklärung der erhobenen Vorwürfe zu schaffen", sagte Fischer der FR. Scharf kritisierte er, dass sich die moralische Empörung der Öffentlichkeit im Nahost-Konflikt einseitig gegen Israel richte.

BERLIN, 19. April. Speziell in der radikalen Linken habe es zum Nahost-Konflikt seit langem eine Argumentation gegeben, die auch antisemitische Elemente habe und an die jetzt manche aktuelle Israel-Kritik nahtlos anknüpfe, sagte Fischer. Der Außenminister betonte, auf Grund der historischen Verantwortung Deutschlands werde es auch weiterhin die Rüstungszusammenarbeit mit Israel geben.

Nach dem Scheitern der Vermittlungsreise von US-Außenminister Colin Powell sieht Fischer die Hauptverantwortung für das Zustandekommen einer erfolgreichen Friedensinitiative weiter bei den USA. Über die angekündigte neuerliche Powell-Mission hinaus werde es weitere Vermittlungsmissionen geben, aber die USA müssten "im Fahrersitz" bleiben, betonte Fischer. Stärkeren öffentlichen Druck auf Israel oder die USA lehnte der Minister ab.

Nach der Auffassung Fischers könnte das "Quartett" aus USA, EU, Russland und UN nach wie vor zu einer "aktionsfähigen dritten Kraft" im Nahost-Konflikt werden - "angereichert vielleicht durch moderate arabische Staaten". Es brauche aber nach wie vor große Anstrengungen, um "wegen der unterschiedlichen innenpolitischen Kulissen" das internationale Vorgehen zusammenzufügen. Ein "Auseinanderfallen des Quartetts" würde den politischen Prozess schwächen.

Fischer nahm Kanzler Gerhard Schröder (SPD) gegen die Kritik an Äußerungen zu einem deutschen Militäreinsatz im Nahen Osten in Schutz. Dem Kanzler seien "Äußerungen im Mund herumgedreht worden", sagte Fischer. Zugleich erklärte er aber, "jede Spekulation" über die konkrete Form eines künftigen Sicherheitsmechanismus in Nahost verbiete sich derzeit. Das gelte "erst recht" für die Deutschen.

Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) forderte am Freitag von Israel den "sofortigen freien Zugang internationaler Hilfsorganisationen in die palästinensischen Autonomiegebiete". Die internationale Gemeinschaft müsse zudem umgehend Beobachter entsenden. "Besonders unbegreiflich", sei es, "dass die Infrastruktur des Landes von der israelischen Armee zerschlagen wird". Damit werde auch der Zivilbevölkerung die wirtschaftliche Basis entzogen.

Interview: ["Die Nahost-Krise wird ihre Lösung erzwingen - oder eskalieren"](#)

Weitere Berichte im FR-Spezial [Der Nahost-Konflikt](#)

[document info]

Copyright © Frankfurter Rundschau 2002
Dokument erstellt am 19.04.2002 um 21:04:51 Uhr
Erscheinungsdatum 20.04.2002

"Die Nahost-Krise wird ihre Lösung erzwingen - oder eskalieren"

Bundesaußenminister Joschka Fischer über den Konflikt in Israel, eine etwaige deutsche Beteiligung an einem UN-Einsatz und die einseitige Kritik der deutschen Öffentlichkeit an Israel

In der Nahost-Krise muss es nach Ansicht von Bundesaußenminister Joschka Fischer gelingen, den Weg zu Verhandlungen über den Endstatus der Beziehungen zwischen den Palästinensern und Israel zu eröffnen, sonst drohe eine weitere Eskalation. Fischer plädiert dafür, möglichst bald einen vorläufigen Palästinenser-Staat auszurufen. Eine Friedensinitiative kann seiner Meinung nach nur mit dem Engagement der USA gelingen. FR-Korrespondent Richard Meng sprach mit dem Außenminister auch über den Stand der gemeinsamen Vermittlungsbemühungen des "Quartetts" aus USA, EU, UN und Russland.

Frankfurter Rundschau: Herr Fischer, hat die Politik im Nahen Osten nach dem Scheitern von Colin Powells Reise überhaupt noch eine neue Chance?

Joschka Fischer: Da möchte ich aber ein ernsthaftes Fragezeichen setzen, ob man wirklich von Scheitern sprechen kann...

Das schreiben zumindest alle journalistischen Beobachter übereinstimmend.

Das macht die Sache nicht unbedingt richtiger. Ich erlebe es nicht zum ersten Mal, dass es eine Kommentarlanschaft gibt, die ich so nicht teile. Es war eine sehr schwierige Mission und man sollte jetzt alles tun, um die Möglichkeiten der Politik weiter zu nutzen. Dazu gehört die Perspektive, dass Colin Powell zurückkehren wird in die Region. Es gibt Rückzug-Zusagen des israelischen Ministerpräsidenten, die leider noch nicht Ramallah und Bethlehem umfassen - wobei sich in Bethlehem eine Lösung abzuzeichnen scheint. Diese Elemente muss man in neue diplomatische Initiativen einfließen lassen, denn die Alternativen sind furchtbar.

Aber wo ist der neue internationale Druck, den zum Beispiel Sie gefordert haben?

Sie müssen eines sehen. Nicht nur in Deutschland besteht ein innenpolitischer Erwartungsdruck. Die innenpolitische Lage in den USA ist ebenfalls in Rechnung zu stellen. Ich teile Ihren Grundsatzpessimismus nicht.

Sind die USA überhaupt so weit, eine Erweiterung der Vermittlungsinitiative auf das berühmte Quartett mit Vereinten Nationen, EU und Russland mitzutragen?

An der Grundkonstellation hat sich nichts geändert. Entweder gelingt es, einen Weg zu eröffnen, der eine Verhandlungsperspektive bis hin zum Endstatus umfasst, oder wir werden eine weitere Eskalation erleben - und das halte ich für nicht akzeptabel. Das berührt die internationale Stabilität, liegt deshalb nicht im Interesse der USA - und die Amerikaner würden es auch nicht zulassen. Wenn Sie nun fragen, worin der Lösungsdruck besteht, dann antworte ich: Der Druck kommt von der Situation, in der wir uns befinden, und aus ihrem Eskalationspotenzial.

Hat das ganze Gerede vom Quartett denn bisher an irgend einer Stelle Wirkung gezeigt?

Zunächst einmal ist wichtig, dass wir dieses Quartett zusammen halten. Ich rate, die Dinge so zu sehen, wie sie sind, und nicht Wunschvorstellungen nachzuhängen. Jede denkbare Lösung setzt eine wirksam agierende dritte Partei voraus. Das ist der entscheidende Punkt. Das Quartett kann seine Wirkung erst wirklich entfalten, wenn der Lösungsprozess eingeleitet ist.

Wollen die USA dieses Quartett wirklich?

Das hat Powell in Madrid klar gemacht. In Ihren Fragen scheinen Konfrontations- und Prestigeelemente auf, die in die Irre führen. Es bleibt Aufgabe der Diplomatie, die vorhandenen Elemente zusammenzuführen, um der Politik wieder zum Durchbruch zu

verhelfen. Da kommen wir mit überzogenen Erwartungen nicht weiter. Das ist überhaupt nicht abwiegelnd gemeint: Es braucht eben noch eine sehr große Anstrengung, um den Weg zurück zu Verhandlungen zu ebnen. Und das setzt voraus, dass wir gerade wegen der unterschiedlichen innenpolitischen Kulissen die internationalen Positionen zusammenfügen.

Wird es über Powell hinaus bald weitere Vermittlungsmissionen geben?

Auf die internationale Abstimmung kommt es an. Es werden weitere Reisen stattfinden, aber die USA bleiben im Fahrersitz. Machen wir uns doch nichts vor: Wenn es um Sicherheitsfragen geht, haben wir gar nicht das Potenzial, Garantien zu geben. Das können nur die Amerikaner. Nur sie verfügen über die Informationstechnologie, damit auch über die Informationsdichte und die Kontrollmöglichkeiten, die nötig sind. Wir müssen in Alternativen denken. Ich sage Ihnen: Jedes Auseinanderfallen des Quartetts wäre eine Schwächung des politischen Prozesses, ein Rückfall auf dem Weg zu Friedensverhandlungen.

Welche Rolle können die Russen dabei spielen?

Bisher haben sie eine sehr konstruktive Rolle gespielt. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Einwanderer aus Russland in Israel heute ein wichtiger Faktor sind. Da stellen die zwischenmenschlichen Beziehungen ein wichtiges politisches Faktum dar. Russland hätte, wenn es sich nicht konstruktiv verhalten würde, ein hohes Störpotenzial. Russland hat eine zentrale Bedeutung als ständiges Sicherheitsrats-Mitglied und sein Einfluss in den arabischen Ländern ist nach wie vor nicht zu unterschätzen. Es ist also wichtig, die Russen dabei zu haben. Das entspricht der Erfahrung auch bei der Lösung anderer Konflikte.

Wenn wir nun über Druck reden: Wo liegen da die Möglichkeiten der EU? Wohl doch nur auf ökonomischem Gebiet?

Alles was die EU tun könnte, wäre, den Handel mit Israel einzuschränken. Nun befindet sich Israel aber aus seiner eigenen Sicht in einem Kampf um das Überleben als Staat. Die Wirtschaftskrise seit dem Zusammenbruch des Camp-David-Prozesses ist ohnehin schon dramatisch. Ökonomisch ist das heute schon ein Desaster. Wir würden Israel durch Handelsbegrenzungen nicht weiter unter Druck setzen, sondern nur Schlagzeilen für die europäische Innenpolitik produzieren. Aber dann wären die Türen für Europa in Israel endgültig zu. Wir würden nur noch die Rolle des Solidaritätskomitees für eine Seite spielen, aber keine politische Rolle mehr.

Müssten wir nicht aber die US-Amerikaner stärker unter Druck setzen, damit sie ihre Möglichkeiten engagierter nutzen?

Wie bitte stellt die *Frankfurter Rundschau* sich vor, dass die Europäer die Amerikaner unter Druck setzen könnten?

Mindestens durch deutlichere öffentliche Worte?

Deutlichere Worte setzen niemanden unter Druck. Sie würden maximal das Gesprächsklima belasten. Wenn die deutsche Sprache einen Sinn macht und wir von Druck reden, wüsste ich nicht, wie die Europäer die Amerikaner unter Druck setzen könnten. Das wäre eine völlige Verkennung der Realitäten.

Der Weg zu einem Frieden, den Sie selbst vorschlagen, funktioniert aber nur, wenn die USA mitmachen...

Langsam. Der wichtigste Druckfaktor ist die Entwicklung der Verhältnisse. Leider. Das dürfen wir nicht vergessen. Wir reden hier nicht über strategische Planungen am grünen Tisch. Die Gefährlichkeit der Krise erzwingt ihre Lösung. Darauf zielt das deutsche Ideenpapier ab, das Sie ansprechen. Die Krise wird ihre Lösung erzwingen oder eskalieren - das ist die Alternative. Ich meine, dass wir jetzt vom Ende her denken müssen, und dabei spielen vier Faktoren eine Rolle. Erstens: Ohne dass klar ist, worin das politische Endziel besteht, wird es keine dauerhaft erfolgreichen Anfangsschritte geben. Dieses Ziel hat nun US-Präsident George W. Bush sehr definiert: zwei Staaten mit gemeinsamer Sicherheit. Zweitens braucht man dazu einen Wegeplan. Er wird aber nie in Angriff genommen werden, wenn es drittens keinen verbindlichen Zeitplan gibt, der alle Parteien verpflichtet. Auch das wird nicht reichen, wenn viertens nicht eine aktionsfähige dritte Kraft die Umsetzung garantiert.

Wie heißt diese Kraft?

Es wird das Quartett sein können, vielleicht angereichert durch moderate arabische Staaten, die ein Interesse an diesem Prozess haben. Es könnte eine Staatsausrufung auf provisorischer Grundlage geben, was allerdings bei den Palästinensern schon hoch umstritten ist, weil sie mit einem gewissen Recht befürchten, dass sie auf dem Provisorium sitzen bleiben werden. Der direkte Sprung in einen Endstatus wird aber kaum gelingen. Ich präferiere daher die schnelle Staatsausrufung. Unsere französischen Freunde sehen das auch so und im Hintergrund denken andere, noch weitaus einflussreichere, in eine ähnliche Richtung. Wichtig ist dann ein sehr enger Zeithorizont.

Wir leben also im Vorfeld eines Friedensplans...

Nein. Wir leben in einer sehr gefährlichen Krise, deren Lösung nur eine von der internationalen Gemeinschaft getragene und von den Konfliktparteien mitgetragene Friedensinitiative sein kann. Initiative sage ich, nicht Plan.

Ist die Art und Weise, wie die EU die Palästinenser finanziert hat, ein Fehler gewesen?

Das war kein EU-Fehler, sondern ein generelles Problem. Der Aufbau eines demokratischen palästinensischen Staates hätte unter vielen Gesichtspunkten von zentralerer Bedeutung sein müssen. Es wird nie funktionieren, dass wir eine israelische Demokratie haben und zehn Kilometer weiter ein autoritäres Regime. Beide werden doch immer sehr eng verbunden sein. Deswegen darf das Gefälle in wirtschaftlicher wie rechtstaatlicher Hinsicht nicht zu groß werden.

Auf Kosten eines neuen Demokratiegefälles dann gegenüber den autoritär strukturierten arabischen Nachbarn?

Alles Schlechte hat auch sein Gutes. Die Erfahrung der Palästinenser mit einer demokratischen Justiz und einem demokratischen Parlament in Israel ist für sie eine Alltagserfahrung. Deshalb ist bei ihnen das demokratische Potenzial auch stärker ausgeprägt als in den arabischen Nachbarstaaten. Jetzt jedenfalls muss beim demokratischen Staatsaufbau die dritte Partei eine zentrale, assistierende Rolle spielen. Auf dem Balkan und in Afghanistan gibt es dazu zwar durchweg schwierige, aber rückblickend doch keineswegs nur schlechte Erfahrungen.

Ist durch die deutsche Debatte über die Beteiligung an einem Militäreinsatz nicht doch einiges verstolpert worden, was die Wirkungskraft solcher Lösungsideen anbelangt?

Da ist nichts verstolpert worden. Ich habe genau nachgelesen, was der Bundeskanzler in Hannover vor der Kommandeurstagung gesagt hat. Das öffentliche Echo zeigt nur, und ich gebe das hiermit zu Protokoll...

...wir widersprechen vorsorglich...

...dass selbst der leiseste interpretative Spielraum inzwischen so ausgenutzt wird, als sei konkret etwas angekündigt worden.

War denn der Gedanke an einen deutschen Militäreinsatz nicht drin im Kopf des Bundeskanzlers?

Die Gedanken sind frei. Etwas völlig anderes ist es, wenn einem Äußerungen im Mund herumgedreht werden. Das ist dem Bundeskanzler geschehen. Was Deutsche dürfen, ist in diesem Fall sehr stark eine Identitätsdebatte. Die sollte man trennen von dem, was jetzt ansteht. Es stimmt: Die Implementierung eines Friedens setzt einen Sicherheitsmechanismus voraus. Das kann bei Beobachtern beginnen und da durchaus schon enden. Jede Spekulation verbietet sich da. Erst recht für uns, die wir in einem historischen Sonderverhältnis sind, das wir nie vergessen dürfen. Ich werde den Eindruck nicht los, dass manche Äußerungen in jüngster Zeit eher auf die immerwährende deutsche Identitätsdebatte zielen. Das gehört nicht hier her.

Mit anderen Worten: Jede neue, auch kritische Offenheit gegenüber Israel ist innenpolitisch hoch riskant?

Neue kritische Offenheit ist ein falscher Begriff. Israel ist eine Demokratie. Das Spektrum der Meinungen dort ist viel breiter, als manche hier glauben wollen. Wenn Sie eine Position vertreten, mit der die Regierungspolitik von Premier Sharon auf der klaren Grundlage der Solidarität mit der Existenz Israels kritisiert wird, werden Sie dort kein großes Aufsehen erregen. Etwas völlig anderes ist es, wenn etwa Herr Möllemann seine Leidenschaft zum Kampf gegen Okkupation vor allem an Israel austobt. Er hat gesagt,

dass er den gewaltsamen Widerstand gegen Okkupation für legitim hält, dass er selbst es genauso machen würde - und dies durchaus auch auf dem Territorium des Gegners. Damit meint er nicht das Verteilen von Flugblättern, sondern den Terror von Hamas und Dschihad. Das ist eine Rechtfertigung des Terrors und das muss vom Tisch. Herr Westerwelle ist da in der Verantwortung. Wenn er sich das nun zu Eigen macht, ist das - vorsichtig formuliert - ein Skandal.

Gibt es in Deutschland eine neue Gefahr von Antisemitismus, der die Regierung sich stellen müsste?

Aufgrund meiner eigenen Erfahrungen kann ich jedenfalls die einseitige Schuldzuweisung an Israel nicht nachvollziehen. Israel muss militärisch der Stärkere sein, sonst gäbe es diesen Staat nicht mehr...

...muss aber nicht so vorgehen, wie es das im Augenblick tut.

Darüber kann und muss man trefflich streiten. Es ist ja nicht so, dass es die Unwilligkeit der israelischen Regierung allein war, die den Friedensprozess zum Scheitern gebracht hat. Zur Vorgehensweise und den katastrophalen humanitären Folgen gibt es in der Tat äußerst kritische Fragen.

Diese Fragen stellen sich insbesondere mit Blick auf die Ereignisse in Dschenin.

Es liegt im israelischen Interesse, die Voraussetzungen für eine unabhängige Aufklärung der erhobenen Vorwürfe zu schaffen.

Gibt es bis ins Spektrum der Grünen hinein nicht doch ein neues Israelbild?

Jetzt diskutieren wir also über uns. Schließen wir also das Kapitel Nahost, denn es sind zwei verschiedene Themen. Es erfüllt mich mit Sorge, dass viele junge Menschen, die heute die Fernsehbilder sehen, die historischen Hintergründe nicht mehr in der nötigen Schärfe sehen können. Da liegt eine Gefahr, nicht nur Deutschland-spezifisch, und es ist dringend Auseinandersetzung und Aufklärung geboten. Und dann sind da die anderen, die sagen: Endlich sehen wir das böse Israel. Ich meine gerade deshalb nicht, dass von etwas Neuem gesprochen werden kann. Das sind die selben Argumente, die früher in meiner Generation in der radikalen Linken kamen. Da wurde man mit dem deutschen Erbe nicht fertig und glaubte, durch Eintritt in eine universelle, nicht mehr an der Nation festhaltende Linke die deutsche Geschichte hinter sich lassen zu können. Ich habe mich selbst damals sehr früh gefragt, ohne mir schon über die Antwort klar zu sein: Warum waren Israel und die Palästinenser so stark Synonyme für Böse und Gut? Es war der Mechanismus: Die Opfer werden Täter und damit haben die Nachkommen der Täter die Möglichkeit, sich zu entlasten. Dieser Mechanismus erklärt nicht alles, aber er erklärt eine gewisse Leidenschaft, mit der nun auch ein Herr Möllemann andere Beispiele für Okkupation weniger spannend findet. In diesem Hintergrund liegt das für uns Deutsche Gefährliche.

Ist es oft nicht ganz schlicht moralische Empörung über die aktuelle israelische Politik?

Wenn sie die Existenzängste Israels begreift, wird sie sich artikulieren, ohne dass daraus Probleme erwachsen. Aber man muss doch auch sehen, welche Verantwortung die palästinensische Führung für das gegenwärtige Desaster hat. Wo ist die moralische Empörung, wenn ganze israelische Familien beim Pizza-Essen ausgelöscht werden? Ich möchte einmal sehen, was in unserem Land los wäre, wenn Menschen bei Weihnachtsfeiern in Stücke gerissen würden. Ich rechtfertige damit überhaupt nichts. Es gibt an der Politik der israelischen Regierung gewiss viel zu kritisieren. Aber mich regt es auf, wenn moralische Empörung in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit immer nur in eine Richtung geht. Wenn ich sehe, dass ein kleines Mädchen bei einer Demonstration in Berlin stilisierte Dynamit-Stangen um den Bauch gebunden bekommt, frage ich mich: Wo bleibt hierbei der moralische Aufschrei? Da müssten wir doch alle aufschreien. Dieser politische Kindesmissbrauch ist das Allerletzte. Aber ich habe nichts gehört.

Woran liegt das?

Ich erkläre hier nur biografisch, wie ich das in der radikalen Linken erlebt habe: Antizionismus, dann Bejahung von Gewalt der Palästinenser, dann ein Umschlagen in Antisemitismus. Jetzt stelle ich fest, dass manches alte Argumentationsmuster wiederkehrt. Aber der Grundkonsens für uns Deutsche muss sich aus der historischen Verpflichtung für dieses Land Israel ergeben. Meine Vätergeneration wollte das jüdische Volk in furchtbarer ideologischer Verblendung vernichten. Dafür haben sie das furchtbarste Verbrechen der Menschheitsgeschichte ins Werk gesetzt. Dafür trägt unser

Land, Deutschland, die bleibende Verantwortung. Das ist, wenn Sie so wollen, unsere fortgeltende Verpflichtung zu einer nicht hinterfragbaren Solidarität. Dies schließt traditionell auch, damit das klar ist, die Rüstungszusammenarbeit mit Israel ein.

Ist das Existenzrecht Israels in Deutschland aber nicht unumstritten? Geht es nicht um einen ganz anderen Konflikt, nachdem Israel sich in seiner Politik gegenüber den Palästinensern derart unglaubwürdig gemacht hat?

Täuschen Sie sich nicht. Das Existenzrecht Israels spielt in diesem Konflikt eine zentrale Rolle. Es kommt aber in der Bewertung des Konflikts in der deutschen Diskussion viel zu kurz. Die Regierung Barak war zu einem weit reichenden Kompromiss bereit - und die Antwort Yassir Arafats darauf war kein Gegenangebot, sondern die zweite Intifada. Das ist der Punkt, wo das Existenzrecht berührt wurde. Unsere Diskussion wäre völlig anders, wenn dieser Ausgangspunkt, der historische Fehler Arafats, richtig eingeordnet würde. Wer diesen Zusammenhang nicht sieht, wird auch nicht verstehen können, warum die Leute in Israel plötzlich Existenzängste haben.

Ist Arafat dann noch ein Partner im Friedensprozess?

Über ihre Führung entscheiden Palästinenser und Israelis selbst. Entschuldigen Sie, dass ich da wieder den Realismus betone.

Mehr zum Thema im FR-Spezial [Der Nahost-Konflikt](#)

[document info]

Copyright © Frankfurter Rundschau 2002
Dokument erstellt am 19.04.2002 um 21:05:41 Uhr
Erscheinungsdatum 20.04.2002

[zurück](#)

RundSchau

Der Traum von einer gemeinsamen Demo

Wie die Berliner Szene durch den Nahost-Konflikt zerrissen wird

Von *Rainer Jung*

Irene Runge hat schon eine Menge komische Post bekommen. Aber was ihr dieser Tage auf den Schreibtisch flattert, stellt ihren politischen Verstand bisweilen auf eine harte Probe. "Manche Briefe sind irre, die fangen rechtsradikal an und hören linksradikal auf", sagt die Vorsitzende des Jüdischen Kulturvereins Berlin. Ausfälle wie "Juden sind Mörder" finden sich darin, und ein paar Zeilen weiter: "Scharon macht Nazi-Politik." Die jüdische Berlinerin mit DDR-Biografie, die um das Leben von Freunden in Israel fürchtet, aber an den Militäreinsätzen der Regierung eine Menge auszusetzen hat, schüttelt den Kopf: "Mich nervt, wie da alles durcheinander geht", sagt sie, um im nächsten Satz zu erklären, wie schwer es ihr selber fällt, sich "vernünftig zu artikulieren" angesichts immer neuer Gewalt.

Die großen Demonstrationen vom vergangenen Wochenende - eine propalästinensisch, eine proisraelisch - hat Irene Runge ausfallen lassen: "Ich bin weggefahren." Nachdenkliches Schweigen ist derzeit nicht die Regel. In Berlin, wo neben der größten jüdischen auch die größte palästinensische Gemeinschaft Deutschlands lebt, werden der Tonfall und das Klima zunehmend rauer. Lehrer berichten von antisemitischen Sprüchen arabischstämmiger Jugendlicher; zweimal wurden in den vergangenen drei Wochen Juden auf der Straße überfallen. Die Täter sind unbekannt.

In der palästinensischen Gemeinde schwankt man zwischen der Erkenntnis, dass martialische Auftritte dem eigenen Ansehen schaden, und der Verzweiflung über die blutigen Szenen aus den Autonomiegebieten, die arabische Satelliten-Sender auf zahlreiche Kaffeehaus-Bildschirme übertragen. Stundenlang. Gemeindevertreter Mohammed Zaber distanziert sich von dem Vater, der für die weitgehend friedliche Palästina-Kundgebung seine vierjährige Tochter mit Dynamit-Attrappen und Märtyrer-Stirnband ausstaffiert hatte. "Selbstmordattentate zu verherrlichen ist nicht unsere Sache."

Said Dudin von der Mediengruppe der Gemeinde spricht vom "rückständigen geistigen Niveau mancher Leute", die man gerade deshalb nicht einfach ihrer Wut überlassen solle. Dudin scheut sich aber auch nicht, den großen verbalen Hammer auszupacken: "Der Zionismus ist eine multinationale Kolonialgesellschaft", schimpft der ehemalige PLO-Berater, der in der eigenen Verwandtschaft Opfer israelischer Kugeln beklagt. Und: "Unser Volk kämpft seinen Befreiungskrieg." Solche Rhetorik findet nicht von ungefähr bei den Rudimenten der radikalen Linken den größten Widerhall - und sorgt dort für gewaltigen Zoff. Während sich die große deutsche Politik rund um den Reichstag einigermaßen ratlos um Friedensinitiativen und Möllemann-Zitate streitet, köchelt wenige Kilometer weiter in den Szene-Biotopen Kreuzberg und Friedrichshain der Streit zwischen selbst ernannten "Antiimperialisten", die den Palästinensern zuneigen, und "Antideutschen", die Israel im Existenzkampf gegen eine ganz große antisemitische Koalition den Rücken stärken wollen.

Beide Seiten eint der Anspruch, wahrhaft marxistisch zu sein, und der eiserne Wille, die allein korrekte Soli-Position zu beziehen. Weshalb man kein Problem damit hat, die Genossen von der jeweils andere Fraktion in identischer Diktion vorzugsweise als "rassistisch" abzumeyern. Gemäßigten Linken treibt das den Schweiß auf die Stirn. "Da schleift sich eine Diskussionskultur ein, die auch mit Fäusten ausgetragen wird", warnt der grüne Landtagsabgeordnete Volker Ratzmann.

Vor ein paar Tagen soll sogar ein Messer im Spiel gewesen sein. In Neukölln stürmten 20 linke "Antiimperialisten", angeblich Deutsche und Palästinenser, eine israelfreundliche Veranstaltung, organisiert von der "antideutschen" Kleinpostille *Bahamas*. Resultat: vier Verletzte, Sachschaden und noch tiefere Gräben zwischen den Lagern. "Das hatte eine neue Qualität", sagt der *Bahamas*-Autor Justus Wertmüller. Das Rollkommando soll die Parole "Zionisten raus" und "Juden raus" skandiert haben.

Die Anhänger der "Bahamas" - nach eigenen Angaben 30 Personen - sehen sich durch die Attacke in ihrer kompromisslosen Haltung nur bestätigt. In ihrer Internet-Ausgabe schäumen sie: "Hinter dem Ruf nach Frieden verschanzen sich die Mörder." Sie verweisen darauf, dass "antiimperialistische" Losungen wie "Palästina - das Volk muss siegen" auch bei Neonazis regen Anklang fänden. Wertmüller verteidigt den Einmarsch der israelischen Truppen in die Autonomiegebiete als "Riesenrazzia ohne Alternative".

Wenn es schon einen international anerkannten palästinensischen Staat gäbe, den die "Bahamas" befürworten, dann wären die Waffenlager und Selbstmordattentate "ein legitimer Kriegsgrund".

Die Pro-Palästina-Manifestation, an der auch die PDS und etliche ultralinke Grüppchen teilnahmen, nennt Wertmüller schlankweg "den größten antisemitischen Aufmarsch seit 1945 in Berlin". Auf der anderen Seite gibt man mit gleicher Münze zurück, was die Sache nicht einfacher macht: "Wer sagt: Alle Palästinenser sind gleich, die zu unterstützen, das ist antisemitisch, der argumentiert selber völkisch", sagt Ronald Fritsch vom "Gegeninformationsbüro".

"Man kann doch nicht wegschauen, wenn ein Volk blutig unterdrückt wird", sagt Oliver Nachtwey von der trotzkistischen Kleinpartei "Linksruck". Dass die "Bahamas"-Leute auch einen "Linksrucker" als Angreifer auf ihrer Veranstaltung ausgemacht haben wollen, findet Nachtwey "absolut lächerlich, weil wir Gewalt ablehnen". Antisemitisch sei man schon gar nicht, im Gegenteil: "Wenn ein Palästinenser einen antisemitischen Spruch macht, dann sagen wir dem, dass nicht die Juden das Problem sind, sondern die Politik des zionistischen Staates Israel." Im übrigen empfiehlt der Jungtrotzkist einen Blick auf den Stammbaum seiner Bewegung. "Unter unseren Gründern waren viele Juden."

Wie ernst der bizarre Stellvertreterkrieg noch werden könnte, darüber rätseln Szenebeobachter. Besorgte fürchten schon einen Showdown am ersten Mai. Die potenziellen Kontrahenten blicken indes gelassen nach vorn. Allerdings mit einer Begründung, die Außenstehende nicht restlos überzeugt: Das jeweils andere Lager, heißt es unisono, sei schwach und isoliert, werde ergo keine Provokationen wagen. Kleinere Keilereien sind sowieso nicht ausgeschlossen: Unter "Antifaschisten" wisse man, wer beim Überfall auf den "Bahamas"-Treff dabei war. "Ein paar Leute könnten noch etwas hinter die Ohren kriegen", schätzt man bei den "Antideutschen".

Etablierte Linke wie Volker Ratzmann glauben deshalb, dass Vermittlungsinitiativen nicht nur in Jerusalem und Ramallah, sondern auch in der deutschen Hauptstadt notwendig sind. Der Grüne will versuchen, palästinensische und jüdische Frauengruppen, Musiker und Literaten an einen Tisch zu bekommen. Und träumt von einer gemeinsamen Demonstration, die sowohl "Scharons Militärpolitik als auch palästinensische Selbstmordattentate und undemokratische fundamentalistische Strukturen" anprangert. Der sofortige Frieden in Nahost wird dadurch zwar nicht anbrechen, weiß Ratzmann, "aber wir müssen verhindern, dass es in Berlin brodet". Es ist wohl höchste Zeit.

[zurück](#)

[RundSchau](#)

Über die Funktionalisierung des Holocaust für außenpolitische Zwecke

Erziehungswissenschaftler Brumlik wirbt für eine Nahost-Debatte, die sich nicht von Vordergründigem beeindrucken lässt

Von Matthias Arning (Frankfurt a. M.)

Die immer wieder beschworene Lehre aus der nationalsozialistischen Geschichte dient deutschen Politikern inzwischen "als Passepartout für Großmacht-Interessen". Zumindest hat Micha Brumlik, Leiter des Fritz-Bauer-Instituts, ein Dokumentationszentrum zur Geschichte des Holocaust in Frankfurt am Main, das auch in der Debatte um den Nahost-Konflikt beobachtet.

In der Diskussion geht es Brumlik zufolge weniger um die Eskalation in Nahost - die Deutschen redeten vielmehr über sich selbst. Wenn in diesem Zusammenhang von der Lehre aus der Geschichte die Rede ist, fällt Politikern wie Karl Lamers von der Union "besondere Verantwortung" ein. Und wenn Kanzler Gerhard Schröder diese Formel benutzt, geht es nicht etwa um Erbschaften, sondern um Potenziale pragmatischer Politik. Die Geschichte selbst, geschweige denn ihre Lehre, befindet Brumlik, spiele für Schröder keine Rolle.

Dabei hat der Erziehungswissenschaftler keinen Zweifel daran, dass es vielen durchaus "ernst damit ist", wenn sie sagen, gerade weil passiert ist, was in der Zeit des Nationalsozialismus passiert ist, nie mehr wegsehen zu wollen, wenn Menschenrechte irgendwo auf der Welt verletzt würden. Ein Grundsatz, den die Politik allerdings "inzwischen funktionalisiert" und damit "in eine Schiefelage" bringe: Im Namen der Menschenrechte ist "von militärischen Aktionen die Rede". Gerade "weil wir so viel aus der Geschichte verstanden haben", fasst Brumlik, Protagonist der Pazifismus-Debatte während des Golf-Kriegs, die Behauptung zusammen, "müssen wir tätig werden". Recht glaubwürdig findet der Institutschef diese Beanspruchung des Holocaust für ideologische Zwecke allerdings nicht: Wer wie die Bundesregierung die Menschenrechte zum Maßstab militärischer Einmischung mache, dürfe nicht allein seine - von Brumlik als "unverantwortlich" bezeichnete - Beteiligung an einer UN-Truppe in Nahost anbieten; der könne auch zur Lage in Tschetschenien nicht schweigen. Wenn aber die Menschenrechte nicht einziges Motiv sind, sollte klar gesagt werden, dass es auch "materielle Interessen gibt".

Die Diskussion in Deutschland macht es sich nach Ansicht Brumliks "etwas sehr leicht", wenn sie miteinander vergleicht, was nicht ohne weiteres zu vergleichen sei. Dann ist palästinensischer Terror so verwerflich wie Israels Militäraktion, werden Soldaten zu Terroristen, verschwinden Unterschiede zwischen Israels Premier Ariel Scharon, dem Chef eines demokratischen Gemeinwesens, und Palästinenserpräsident Yassir Arafat. Ein Beispiel dafür lieferte Pax Christi: "Unmissverständliche Kritik" müsse "an der zerstörerischen Politik der Scharon-Regierung" geübt, zugleich aber auch "der Sorge Israels um seine Existenz in der Region" Rechnung getragen werden, heißt es in einer Stellungnahme der katholischen Friedensbewegung. Sie rät, Israels Widerstände gegen eine internationale Vermittlung abzubauen und eine Schutztruppe der UN für ein Ende der Gewalt sorgen zu lassen.

Brumlik hingegen wirbt für eine "differenziertere Betrachtung". Die müsse etwa "höhere moralische Ansprüche an ein demokratisches Gemeinwesen stellen". Der Konflikt lasse sich nicht auf ein Duell alter Männer, Scharon und Arafat, verkürzen. Es sei "lächerlich, der ohnmächtigen Figur Arafat noch politische Verantwortung zuzuweisen". Zugleich wirbt der Professor dafür, "bei aller Kritik Israel als Nation zu akzeptieren" und nicht ständig über deren Existenzrecht zu reden. Die Behauptung, dafür Verantwortlichkeit zu übernehmen, "verweist auf Größenwahn".

"Der Konflikt wird nach Europa getragen"

Unionspolitiker Karl Lamers über Deutschlands Verhältnis zu Israel und Perspektiven für den Nahen Osten

Kritik an Israel bleibt für Deutsche ein Balanceakt, meint Karl Lamers, der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Aber Lamers plädiert dafür, diese Kritik gerade jetzt offen auszusprechen. Mit ihm sprach der Berliner FR-Korrespondent Richard Meng.

FR: Herr Lamers, verändert sich in diesen Wochen die Wahrnehmung Israels in Deutschland?

Karl Lamers: Ich fürchte, ja. Der Prozess dahin währt schon länger und die Ursachen liegen sicher auch in Deutschland, beim wachsenden zeitlichen Abstand zur Zeit des Nationalsozialismus. Aber ich glaube, sie liegen mindestens so sehr in der israelischen Politik.

Wenn Sie sagen, dass Sie etwas "fürchten", meinen Sie ein negativeres Israel-Bild?

Ich fürchte, dass aus den neuen Wahrnehmungen falsche Schlussfolgerungen in der grundsätzlichen Einstellung zu Israel gezogen werden könnten. Es darf vor dem Hintergrund unserer Geschichte keinen Zweifel daran geben, dass wir weiterhin Verantwortung für die Existenz, die Zukunft und die Sicherheit Israels haben.

Gibt es in Deutschland einen latenten Antisemitismus?

Das glaube ich nicht.

Aber es gibt die Angst davor, was viele Politiker sehr vorsichtig sein lässt mit klaren Worten . . .

Ja, es gibt die Angst davor. In Frankreich sehen wir gerade, dass solche Sorgen begründet sein können. In Deutschland ist das alles noch ungleich gefährlicher. Und es ist immer die Grundentscheidung zu treffen: Artikuliert man gerade wegen dieser Sorge Kritik an der israelischen Politik, das heißt an der israelischen Regierung, oder tut man es nicht, weil man befürchten muss, dass es anderen zur Legitimation für ihre antijüdische oder antiisraelische Einstellung dient. Ich meine, dass es besser ist, die Kritik offen auszusprechen. Aber dann kommt es sehr darauf an, dass man es in der richtigen Sprache sagt. Ich bin da sehr wohl deutlich - auch um zu vermeiden, dass die Verkehrten mit der verkehrten Motivation und mit gefährlichen Konsequenzen dieses Feld besetzen. Aber ich weiß, dass dies ein Balanceakt ist.

Sie sind in der eigenen Partei auch gleich auf Widerspruch gestoßen.

Das stimmt. Aber ich habe den Eindruck, dass es für meine Position ein wachsendes Verständnis gibt.

Schwenkt aber nicht der Kanzlerkandidat gerade ganz auf eine Linie ein, die nicht einmal mehr deutsche Neutralität gelten lassen will - im Gegensatz auch zur vorangegangenen vorsichtigen Zustimmung der Unionsspitze zu einem internationalen Militäreinsatz?

Das ist ein ganz anderes Kapitel. Da hat doch der Kanzler die Dummheit begangen, zur Unzeit mit einer unklaren Äußerung eine falsche Diskussion loszutreten. Aber natürlich hat es auch von israelischer Seite in der Vergangenheit schon Ideen gegeben, die eine internationale Sicherheitskomponente gegen Terrorismus und eventuell sogar eine deutsche Beteiligung daran einschlossen. Falls die Israelis so etwas wollten, könnten wir uns doch gar nicht entziehen.

Haben Sie noch den Eindruck, dass internationale Kritik in Israel positiv wirkt?

Ich habe von Anfang an die Hoffnung damit verbunden, dass Kritik dort gerade dann zum Nachdenken führen kann, wenn sie von Deutschen kommt. Denn Israel weiß, dass es keinen besseren Freund hat als Deutschland. Die Kritik ist von der Sorge um die Zukunft Israels bestimmt. Es ist meine tiefe Überzeugung, dass die Israelis in Gefahr sind, in ihr

eigenes Verderben zu laufen. Und meine Überzeugung von jeher war, dass es für Israel nur eine gute Zukunft geben kann, wenn es auch eine gute Zukunft für die Palästinenser gibt.

Richtet sich ihre Hoffnung eigentlich noch auf Ariel Sharon und Yassir Arafat, oder erst auf die Nachfolger?

Sie kann sich im Moment kaum mehr auf die direkt Beteiligten richten, sondern nur auf die Mithilfe der internationalen Staatengemeinschaft und die Gruppe, die wir das "Quartett" nennen. Wichtig ist der Eindruck in Israel, dass diese Gruppe es gut mit dem Land meint und für mehr Sicherheit sorgen kann. Nur dann gibt es eine Chance auf Veränderung der israelischen Politik.

Tritt US-Außenminister Colin Powell im Namen dieses Quartetts massiv genug auf?

Er hat offensichtlich ja zuhause mit entgegengesetzten Schwierigkeiten zu kämpfen, was seine Politik angeht. Wir Europäer jedenfalls sollten ihn voll unterstützen. Und seinen Aufforderungen müssen Taten entsprechen. Nicht unbedingt direkte Sanktionen, aber es gibt andere Möglichkeiten, wenn Israel zum Beispiel eine massive Erhöhung der US-Hilfen fordert.

Gibt es Druck ohne Druckmittel?

Nein. Es gibt Druckmittel und die USA verfügen darüber. Aber dass sie nicht darüber reden wollen, ist absolut richtig. Heute ist zunächst alles offen. Unabhängig vom Ausgang der Powell-Reise gibt es eine Chance. Aber je länger es bis zu einer Umkehr bei allen Beteiligten, in diesem Fall in erster Linie bei den Israelis, dauert, desto schwieriger wird es. Die Folgen der aktuellen Lage in Palästina wie in der Nachbarschaft darf man nicht unterschätzen. Wir erleben das sogar in Frankreich - und in Djerba natürlich auch. Die Auseinandersetzung wird in die europäischen Länder hineingetragen werden. Also: Auch von unserer schlichten Interessenslage her ist nicht vertretbar, was da geschieht.

[zurück](#)

[RundSchau](#)